

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wielgelmstr. 17) bei G. H. Alrici & Co. Bräsestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in L. eseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreißundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph W. J. In Berlin, Dresden, Görtz beim „Invalidendank“.

Nr. 791.

Mittwoch, 10. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzelle oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 9. November. Der König hat geruht: dem ordentlichen Professor an der Universität zu Berlin, Dr. Drossen, den rothen Adlerorden zweiten Klasse zu verleihen.

Der Kaiser hat geruht: den bisherigen ständigen Hilfsarbeiter beim Reichs-Eisenbahn-Amt, Regierungsrath Gruse, zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath bei dieser Behörde zu ernennen.

Der König hat geruht: den Seconde-Lieutenant der Landwehr-Kavallerie, Fideikommißbesitzer Karl Wilhelm Johannes Wiegand auf Bergland im Kreise Pyritz unter dem Namen: „von Wiegand-Bergland“ in den Adelsstand zu erheben, den Landgerichts-Rath Weigenmiller in Breslau zum richterlichen Mitgliede und den Landgerichts-Rath Jarnow daselbst zum stellvertretenden richterlichen Mitgliede des Verwaltungsgerichts zu Breslau für die Dauer ihres Hauptamtes am Orte des letzteren zu ernennen; den seitherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Solingen, Rentner Gustav Brind, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer zu befähigen; und dem Domänenpächter, Ober-Amtmann Ungewitter zu Groß-Rühren, in der Provinz Hannover, den Charakter als Amtsrath zu verleihen.

Vom Landtage.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 9. Nov. 11 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Culenburg mit mehreren Kommissarien.

Der Präsident theilt den Eingang der während der letzten Tage an das Haus gelangten und bereits befaßten Vorlagen mit, ferner des Antrages Luno wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. v. Lyskowski und des Antrages Richter betreffend einige Abänderungen der Vorschriften für die Veranlagung der Klassen- und Einkommensteuer, worauf die erste Berathung des Entwurfes einer Kreisordnung und gleichzeitig des Gesetzentwurfs betreffend die Einführung der Provinzialordnung vom 21. Juni 1875 in die Provinz Hannover beginnt. (Ueber die Vorlagen für Schleswig-Holstein und die Provinz Posen wird in derselben Weise verhandelt werden.)

Gegen die Vorlagen für die Provinz Hannover melden sich Miquel, v. Bennigsen und Windthorst zum Wort, für dieselben Grundrecht.

Abg. Miquel: Ich kann als Abgeordneter der Provinz Hannover die Vorlage an und für sich nicht mit Freuden begrüßen. Sie ist bestimmt, eine seit langen Jahren bestehende Verwaltungsorganisation von Grund aus umzugestalten, die das volle Vertrauen der Eingeweihten besitzt und nach dem Urtheil aller Parteien in der Provinz ihrer Aufgabe vollkommen entsprochen hat. Unsere Aemter- und Gemeindeverwaltung, die Stellung der Städte zu den Landgemeinden und zu den Aemtern, die Entwicklung des kommunalen Lebens in den Wegeverbänden ist das Produkt nicht einer Theorie, sondern einer schrittweisen historischen Entwicklung, wie sie dem hannoverschen Charakter entspricht, und vermag auch heute noch den Ansprüchen des Staats- und kommunalen Lebens vollkommen gerecht zu werden. Nun sollen diese 102 Aemter aufgehoben werden und an ihre Stelle 64 Kreise treten; die Städte, die bis dahin volle obrigkeitliche Gewalt hatten neben den landesherrlichen Beamten, den Amts- und Kreishauptleuten, sollen in den Kreis eingegliedert werden; ein kommunaler Verband, der bis dahin zwischen Stadt- und Landgemeinden gar nicht bestand, soll in der Form der Kreisordnung hergestellt und die bis dahin ganz von dem Kreise unabhängigen Wegeverbände sollen sich in Kreise auflösen. Diese Umwälzung wird nicht bloß große Schwierigkeiten machen, sondern muß auch für längere Zeit große Verwirrung hervorrufen. Nicht als ob wir für unsere zum preussischen Staat gehörige Provinz eine eigenartige Verwaltungsorganisation für die Dauer zu fordern und zu behaupten berechtigt wären, die allgemeinen Grundlagen der Verfassung der Gemeinden und Kreise müssen gleichartig sein. Auch enthält die Vorlage, eingebracht von einem Minister, der die Provinz kennt, in der Kreisordnung viel Gutes, was aus der Würdigung der gegebenen Verhältnisse hervorgegangen ist, den Uebergang in die neuen erleichtern soll und weitergehende Anforderungen, die in der Provinz bestehen, nach manchen Richtungen zerstreut hat. Daher haben die erheblichen Abänderungen, die ich wohl in Uebereinstimmung mit den Gesamtanschauungen der Provinz und ihrer Abgeordneten vortragen werde, nicht den Zweck, das Zustandekommen der Vorlage zu verhindern oder auch nur zu erschweren. Denn sie berühren nicht ihren Kern, ihre Grundlage, wenn sie auch in der Berücksichtigung der Besonderheiten der Provinz weiter gehen, als der Herr Minister geben zu müssen glaubte.

Die erste Frage betrifft die Größe der Kreise, die mit der Kompetenz der Kreisbehörden in ihrem Verhältnis zu den Gemeinden eng zusammenhängt. Der Herr Minister hat die Größe der Aemter mehr als verdoppelt, die Städte sind mit drei Ausnahmen in den Kreis eingegliedert. Dadurch werden die Kreise in der Provinz Hannover noch immer sehr bedeutend kleiner, als in den alten Provinzen, aber doch nicht kleiner, als sie zur Zeit in denselben bestehen und größer, als sie in Nassau möglich sein werden. Die örtliche Polizeiverwaltung überträgt dagegen die Vorlage weder einem Mitgliede zwischen Kreis und Gemeinde, wie es durch die Kreisordnung in den östlichen Provinzen geschieht, noch dem Gemeindevorsteher; der Landrath bleibt Inhaber und Verwalter auch der örtlichen Polizei, womit natürlich eine Grenze gegen allzu große Kreise von selbst gegeben ist. In den kleineren Aemtern führte das zu keinen wesentlichen Unzulänglichkeiten, daß nicht der Gemeindevorsteher, sondern der Landrath Inhaber der örtlichen Polizei war. Obwohl wir eine sehr gute bewährte Landgemeindevorstellung haben, ist doch immer der Amtshauptmann Inhaber der örtlichen Polizei geblieben. Das Richtige ist, namentlich je weiter man nach unten geht, die Vereinigung der Kommunal- mit der Polizeiverwaltung. Ihre Trennung führt zu endlosen Konflikten, entkleidet die Polizei, die doch durchaus nicht bloß negativ ist, der kommunalen Mittel, lähmt sie, mindert ihre Autorität und das Vertrauen zu dem Inhaber, der nur sie treibt und nicht zugleich der Vertreter der Kommune in allen anderen Wohlfahrtsinteressen ist, und darf nur als ein notwendiges Uebel zugelassen und enttragen werden. Die Art ein solches

notwendiges Uebel in der Provinz Hannover vor? Sind die Gemeindevorsteher dort außer Stande, die örtliche Polizei zu handhaben? In einzelnen Landesheilen sind sie unzweifelhaft dazu im Stande: so die Vorsteher der Samtgemeinden von 2-3000 Seelen im Osnabrückischen, der uralten Kommunalabteilungen in den Marschen, der sehr wohlhabenden und reich bevölkerten Gemeinden im Hildesheimischen, Kalenbergischen und Göttingischen. Dagegen gebe ich zu, daß sie in andern Landesheilen, namentlich im Lüneburgischen, vielfach so klein sind, daß es kaum möglich ist, jedem Vorsteher die örtliche Polizeiverwaltung voll zu übertragen. Hier sollte energischer als bisher auf die Bildung von Samtgemeinden hingewirkt werden, wozu unsere Landgemeindevorstellung die Ansätze hat. Nun haben wir aber die Kreisordnung für die alten Provinzen ohne vorangegangene Landgemeindevorstellung berathen und auch für uns in Hannover würde es gar nicht durchführbar sein, uns einfach auf den negativen Standpunkt zu stellen: „Reform der Landgemeindevorstellung in unserem Sinne, dann erst eine Kreisordnung.“ Die Kreisordnung kann jetzt zum Abschluß kommen, bevor noch auf die Bildung größerer leistungsfähiger Gemeinden in gewissen Theilen der Provinz hingewirkt wird. (Widerspruch.) Ich acceptire also die Kreise, wünsche aber Aenderungen ihrer Konstitution, zum Theil sehr nahe liegende, die geboten erscheinen und sich mit den Grundfäden der Staatsregierung gut vertragen. Der Minister in seiner Abneigung, polizeiliche Befugnisse auf die Vorsteher der Gemeinden zu übertragen schiebt als Zwischenglied zwischen Kreis und Kommune sogenannte Distriktsbeamte ein die betachtet an entlegenen Ortschaften großer Kreise etablirt werden und die Polizeigewalt statt des Landraths ausüben sollen. Wir verneinen das Motiv nicht, dadurch den Eingeweihten die Handhabung der Polizei zu erleichtern und die Unzulänglichkeiten für die an große Bezirke nicht gewöhnte Bevölkerung zu vermindern. Gleichwohl lehnen wir grundsätzlich und einstimmig solche Distriktsbeamte ab, weil wir in der Stellung von Subalternbeamten, welche nur Polizeigewalt ausüben zwischen Landrath und Gemeinde auf einem Außenposten, wo das Einzelne von ihm nicht kontrollirt werden kann, eine große Gefahr erblicken. (Zustimmung.) Die Verwaltungsordnung in Hannover ging in den Jahren 1848-50 aus dem allgemeinen Widerwillen gegen die „Unterbedientenherrschaft“ hervor, wir wollen nicht durch Subalternen regiert sein, wir kennen die Unklarheit und Dehnbarkeit des Begriffs der Polizeigewalt in Preußen, wir wissen, was man mit ihr Alles thun und lassen kann und wollen lieber die Unzulänglichkeiten großer Gemeinden tragen, als uns dieser Gefahr aussetzen. In einzelnen Fällen können solche Distriktsbeamte nothwendig sein, so im Jagdegebiet, auf den ostfriesischen Inseln, die Monate lang unzugänglich sind. Als ein allgemeines Institut lehnen wir sie ab.

Ich komme nun auf die Zusammenfassung der Kreisversammlungen. Nach der hannoverschen Amtsvertretungsordnung vom Jahre 1856 waren in denselben vertreten die Gemeinden als solche, die Städte, sofern sie zu den Aemtern gehören, was ja in der Regel nicht der Fall war, ferner die Besitzer der außerhalb der Gemeinden stehenden größeren Gutskomplexe. Die Vertretung ist eigentlich die korrekte und entspricht den Verhältnissen der Provinz. Der Großgrundbesitz in dem Sinne des ritterlichen Besitzes mag vielleicht nur 5 bis 7 Prozent des gesammten Areal der Provinz inne haben, das Uebrige ist, abgesehen vom Fiskus und Klöstern, im Besitz eines bäuerlichen, sehr wohl situirten und gebildeten selbständigen Mittelstandes. Nun hat man allerdings in die in der Reaktionsperiode in Hannover erlassene Amtsvertretung von 1859 eine Großgrundbesitzervertretung generell hineingebracht. Man hat nach bestimmten Steuerklassen nicht bloß den ritterlichen, sondern auch den bäuerlichen Besitz aus den Landgemeinden ausgesondert und gesagt, die in dieser Steuerklasse stehenden Besitzer von Grundeigentum sollen eine eigene Großgrundbesitzerklasse bilden und selbständige Vertretung haben. Diese Konstruktion ist mir immer fatal gewesen, weil ich es unnatürlich finde, die in der Reichsherrschaft der Landgemeinden stehenden bäuerlichen Besitzer künstlich herauszuheben, eine neue Großgrundbesitzerklasse zu machen, die Gemeinden zu zerreißen und dadurch die natürliche Stellung selbst dieser sogenannten größeren Grundbesitzer in der Landgemeinde, zu deren Führung sie berufen sind, zu gefährden. Was damals in der konservativsten Zeit des Königreichs Hannover geschehen ist in der Amtsvertretungsordnung, sollen wir, meine Herren, darüber etwa hinausgehen? Ich gebe zu, daß die Vorlage, das große Mißverhältniß in der Bedeutung des mittleren und des Großgrundbesitzes würdigend, nach Rautalen gesucht hat, um die übermäßige Vertretung des Großgrundbesitzes zu verhindern. Dennoch entzieht sie zu Gunsten desselben das Stimmrecht um fünf Prozent. Während der Großgrundbesitz nach der Vorlage im Verhältnis zur Landgemeinde nur 20,4 Proz. Steuern zahlt, soll er nicht nur etwa 20 Proz. Stimmrecht, sondern sogar auf 28 gebracht werden, während in der Amtsvertretungsordnung nur 25 Proz. zugestanden waren. Darauf müßte man unter allen Umständen zurückkommen. Meine Herren, wirkliche Großgrundbesitzer, die unabhängig dastehen, eine bedeutende Bildung haben, den Bauernstand belehren, die halte ich in der Vertretung für nöthig und heilsam, warum aber der bäuerliche Besitzer, der eine Mark Steuer mehr bezahlt, ein anderer Mensch sein soll wie jener, der eine Mark weniger bezahlt, das verstehe ich nicht. Es muß eine Konstruktion geschaffen werden, die diesen wirklichen Großgrundbesitzern die Sicherheit des Eintritts in den Kreistag giebt, ihrer Bedeutung und Steuerleistung einigermaßen entsprechend. Es kommt hinzu, daß der Großgrundbesitzer, der nun nach seiner Steuerleistung in der Klasse der Großgrundbesitzer mitstimmt, zugleich Gemeindevorsteher bleibt und auch als solches stimmt, es ist also deshalb doppelt berechtigt, und das läßt sich auch gar nicht ändern, so lange man den Großgrundbesitzer aus der Gemeinde nicht herausziehen kann, was doch nicht möglich ist. Nach dieser Richtung werde ich versuchen, die Vorlage zu modifiziren. Vergleichen wir den Großgrundbesitzer nach der Vorlage in seiner Leistung und Bedeutung mit der Leistung und Bedeutung der Städte, dann wird das Verhältnis noch viel ungünstiger. Die Städte sollen 18 Proz. der Gesamtstimmen haben, während ich überzeugt bin, daß sie an Steuerleistungen mindestens das Dreifache des gesammten konstruirten Großgrundbesitzes leisten. Was die Stellung der Städte betrifft, so sieht man mit der größten Sorge in den hannoverschen Städten auf diese Kreisordnung. Die allgemeinen Landesangelegenheiten sind dort ebenso gut verwaltet gewesen, wie durch die königlichen Beamten, unsere sämtlichen Städte haben rechtskundige Bürgermeister und Magistratsmitglieder, sie haben die Polizeigewalt mit wenigen Ausnahmen ihrerseits auch in vollem Maße gehandhabt, nun sollen diese Städte in den Kreis eingegliedert werden, und während die Oberbehörden die Landdrostereien bis dahin

ausschließlich waren und neben dem Amte standen, werden sie jetzt unter den neuen Amtmann, d. h. den Landrath, und unter den Kreis-ausschuß gestellt. Der Herr Minister — das erkenne ich dankend an — hat allerdings zur Erleichterung des Ueberganges sehr erhebliche Bestimmungen in das Gesetz gebracht. Die Städte sollen z. B. auch, wenn sie an sich zum Kreise gehören, die Polizeigewalt behalten und in dieser Beziehung unter dem Regierungspräsidenten stehen u. A. Das wird allerdings den Uebergang erleichtern, denn das Bedenken, das ich für die östlichen Provinzen so oft gehört habe, ob die Bürgermeister der kleinen Städte wohl im Stande wären, die Polizei richtig zu handhaben, kann bei uns nicht aufkommen, wo die betreffenden Magistrate erheblich größere obrigkeitliche Thätigkeit zur vollen Zufriedenheit wenigstens der hannoverschen Regierung geübt haben. Auf der anderen Seite scheidet der Minister unter den Städten, welchen gar keine besondere Stellung zugestanden wird, eine Reihe von Städten unter 4000 Seelen aus. Würde man einmal an eine Städteordnung gehen, was man thun müßte, wenn man ein wirklich organisch gebildetes mit einer Kreisverfassung herstellen will, dann könnte man entscheiden, ob und welche Gemeinwesen in einer bestimmten Provinz überhaupt noch den Charakter der Städte behalten sollen. Nachdem man aber einmal den anderen Weg eingeschlagen hat, ist es schwierig, einzelne Städte herauszugreifen und sie nach ganz anderen Prinzipien zu behandeln, wie alle übrigen Städte zusammen. Sollte die Kommission aber die Liste dieser so degradirten Städte sich genau ansehen, dann würde ich gleich eine Reihe von Städten daraus nennen können, die nach meiner Meinung in ihrer ganzen wirtschaftlichen Bedeutung vollkommen gleichstehen anderen Städten, denen der Minister größere Rechte hat geglaubt zugestehen zu können. Schließlich muß ich einen Punkt berühren, in Bezug auf welchen ich nicht behaupten kann, mich mit allen Vertretern der Provinz in voller Uebereinstimmung zu befinden. Meines Erachtens muß nämlich der Landrath entweder rechtskundig oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sein, wenn er sein Amt nach der heutigen Gesetzgebung, nach den Aufgaben, die ihm in der Verwaltungsjustiz zufallen, vollkommen soll verwalten können. Ich will in dieser Beziehung, gleich Ihnen, nur den status quo in Hannover aufrecht erhalten bis zur definitiven Regelung der Frage für den ganzen Staat. Der Amtshauptmann, an dessen Stelle jetzt der Landrath tritt, muß aber nach der hannoverschen Gesetzgebung in der angeedeuteten Weise befähigt sein. Betreffs der Provinzialordnung und zugleich im Kreisausschuß mitvotirt. Wir halten diese Stellung für unnatürlich. Viel besser ist ein equirendes, vermittelndes Kollegium neben dem Ausschuß und Referat und beratende Stimme der mit den Verhältnissen der laufenden Verwaltung am vertrautesten Mitglieder des Landesdirektoriums. Wir wünschen ein Kollegium, weil in jeder, auch der laufenden Verwaltung wichtige Beschlußfassungen vorkommen, die wohl einer kollegialischen Berathung werth sind. In Summa: unsere Anträge stehen mit dem Grundgedanken der Kreisordnungen in keinem Widerspruch. Es kann nur im Interesse der Gesamtmonarchie liegen, bei dieser schwierigen Einfügung einer Provinz in die allgemeine Verwaltungsorganisation des Staates mit Vorsicht und Rücksicht zu verfahren. Wir rufen in dieser Beziehung nicht bloß unser Interesse, die Zufriedenheit der Provinzialbevölkerung, sondern das Interesse des gesammten Staates auf und sind sicher, daß wir von diesem Standpunkt aus mit Ihnen werden verständigen. (Beifall.)

Abg. Grumbrecht: Der Abg. Miquel hat schon diejenigen Bemerkungen gemacht, deren Ausführung ich hatte zum Gegenstand meiner Rede machen wollen. Mit Rücksicht hierauf und auf die Indisposition meiner Stimme verzichte ich auf das Wort und bitte den Herrn Präsidenten, statt meiner dem Abg. Köhler das Wort zu ertheilen.

Abg. Dr. Windthorst: Während der Abg. Miquel dieses oder jenes für Hannover beantragte, habe ich von verschiedenen Seiten die Bemerkung gehört: „Für uns hat man das nicht gewähren wollen.“ Die hierin sich aussprechende Politik, Anderen etwas Gutes deshalb zu verweigern, weil man selber es nicht erhalten hat, führt in die Irre. Die Herren thäten richtiger, wenn sie das von ihnen anerkannte Gute hier zu schaffen sich bemühten und demnachst dafür sorgten, daß ihre Zustände gebessert würden. Ich richte diese Bemerkung besonders an die Adresse des Herrn v. Meyer. (Weiterkeit.) Behandeln Sie diese Vorlage lediglich nach sachlichen Rücksichten. Die Unterfertigung der hannoverschen, wenigstens die meiste, wird Ihnen sicher sein, wenn Sie für Ihre Landesheile gleiche Verhältnisse verlangen werden. Ich bedauere, daß die Vorlagen über die Kreisordnungen für Hannover, Schleswig-Holstein und Posen uns vorgelegt sind ohne gleichzeitige Vorlage der Kreisordnungen für die Rheinlande, Hessen-Nassau u. s. w. Diese abgeriffene Arbeit liebe ich nicht. Ich habe dabei den Gedanken, daß durch das divide et impera erreicht werden soll, was nicht sowohl für die, welche zunächst ans Messer kommen, als für die, welche demnachst daran kommen sollen, verhängnisvoll werden kann, und ich mache kein Hehl daraus, daß ich meines-theils, so sehr ich auch in die Sache einzugehen bereit bin, doch einen Abschluß der Angelegenheit nicht wünsche. Die rückständigen Provinzen könnten uns manchen Beistand gewähren, den sie heute vielleicht versagen. Ferner verstehe ich nicht, wie man eine so tief einschneidende materielle Maßregel dem Landtage vorlegen konnte, ohne vorher die einzelnen Provinzen gehört zu haben. (Sehr wahr!) Der Landtag in Hannover hat wiederholt verlangt, gehört zu werden. Er hat darauf, soviel ich weiß, nicht einmal eine Antwort erhalten! Das ist nicht konservativ, das ist bürokratische Politik! (Sehr wahr!) Vor dieser hätte ich mich unter dem Regiment des gegenwärtigen Ministers in der That sicherer gehalten, als ich im Augenblick entbede. Meine Bemerkungen haben nach dem Gesagten nur einen provisorischen Charakter, da ich mich zunächst über die Intentionen der Provinzial-

organe informieren will. Mein Totalurtheil über die Vorlage der Kreisordnung kann ich, wohl im Uebermaß mit dem Vorredner, dahin zusammenfassen, sie hätte noch schlechter sein können. (Heiterkeit.) Ein Bedürfnis für soweit gehende Aenderungen, wie sie in der Vorlage gemacht sind, kann ich nicht anerkennen. Auch diejenigen Gegenstände, für welche man besondere Kreise provisorisch zu bilden für nöthig gefunden hat, haben bisher vollständig ihre gute Erledigung gefunden. Bezüglich der Militärjachen insbesondere hat mir der verstorbene General v. Voigts-Nebel selbst gesagt, daß dieselben nirgends vollendet bearbeitet würden, als in Hannover; und was die Steuern betrifft, so wird die Schraube in Hannover auch bei der jetzigen Verwaltung sehr stark empfunden, wir stehen in dieser Hinsicht nicht zurück. Man sagt, die allgemeine Landesverwaltung könne ohne solche Aenderungen nicht durchgeführt werden. Das muß man mir aber erst beweisen! Die vorgeschlagene geographische Abgrenzung der Kreise halte ich für nicht ausführbar. Es geht nicht an, ganze Ämter zu zerstückeln und an verschiedene Kreise zu legen. Für die Verabreichung der Vorlage halte ich die jetzige Stadtkommission am geeignetsten, doch wird sie noch um einige Mitglieder zu vermehren sein. Die Distriktskommission ist eine sehr gute Sache, im Fahrgelände und auf den Inseln könnte ich sie nur zugeben, wenn mir ihre Qualifikation näher dargelegt würde. Das Ansehen des, was in der Organisation der Verwaltung in den alten Provinzen liegt, ist der Amtsvorsteher und der aus dem Kreise selbst gewählte Landrath. Wenn ich nicht beides bekommen kann, danke ich für die ganze kalte Schale. (Heiterkeit.) Man will die Amtsvorsteher nicht, weil sie ein aristokratisches Institut sind. Ich bin aber in dieser Beziehung ein arger Reyer und halte die Selbstverwaltung auf dem Lande ohne eine tüchtige Aristokratie für unmöglich. Die Befürchtung, es werden sich zu diesem Amte keine geeignete Persönlichkeiten finden, theile ich nicht. Auf das Institut des Landraths lege ich nur dann Gewicht, wenn er die altpreussischen Bedingungen erfüllen soll, wonach der Landrath in Kreise aufgewachsen und angewachsen sein muß. Durch Prüfung allein wird die Tüchtigkeit eines Mannes nicht festgestellt. Die jetzige Provinzialverwaltung hat im Allgemeinen die Zufriedenheit der Einwohner erlangt. Etwas Besseres können wir nicht an die Stelle setzen, mindestens ist das in der Vorlage enthaltene unannehmbar. Schließlich halte ich die Absicht, die Wegeverbände in die neuen Kreise zu legen, für einen bedenklichen Eingriff in bestehende Rechte. Diese Materie läßt sich nur auf dem Wege freier Vereinbarung lösen. Wir stehen in dieser Hinsicht nicht erst zu schaffenden, sondern schon geschaffenen Zuständen gegenüber.

Abg. Dr. Köhler (Göttingen): Ich will nicht, wie der Abg. Windthorst, die Vorlage von vorn herein zurückweisen, sondern glaube, daß dieselbe mit einigen Aenderungen angenommen werden kann. Betreffs der Wegeverbände stimme ich mit dem Abg. Windthorst überein. Ich halte es auch nicht für prinzipiell, wenn einige Kreise mehr gebildet werden. Der Abg. Windthorst hat den Abg. Miquel falsch verstanden, wenn er sagt, Miquel wolle keinen Amtsvorsteher. Er hat nur gesagt, wir können keine Amtsvorsteher gebrauchen, weil wir das Material dazu nicht haben. Ich halte mich für verpflichtet, einen Gegenstand besonders hervorzuheben, der bisher nicht erörtert worden ist. Das sind die Kommunallandschaften. Der § 128 der Provinzialordnung von 1875 hebt die Kommunallandschaften für die alten Provinzen auf, während sie für uns bestehen läßt. Nun heißt es in den Motiven der Vorlage, betreffs der Aufhebung der kommunalständischen Verbände, daß diese in Hannover die kräftige Entfaltung des Provinzialverbandes nicht hindern, und deshalb die Frage unberührt bleiben könne. Ich kann sagen, daß man in der Provinz Hannover, abgesehen von der Ritterschaft und einigen Beamten, es nicht begreifen würde, wie man diese Körperschaften, die absolut keinen Inhalt mehr haben, noch bestehen lassen kann und warum man darin von der Provinzialordnung der alten Provinzen abweicht. Die Zustände sind hier die gleichen wie in den alten Provinzen und möchte ich die Aufmerksamkeit der Kommission darauf richten, diesen Punkt näher ins Auge zu fassen. Ich werde dafür stimmen, die Vorlagen einer Kommission zu überweisen. Im Uebrigen sehe ich auf dem Standpunkte des Abg. Miquel.

Abg. v. Bennigsen: Dem Vorschlage, die Vorlagen an die bereits gewählte Verwaltungskommission zu überweisen, welche ad hoc um 7 Mitglieder zu verstärken sein würde, schließe ich mich an. Ich setze dabei voraus, daß diese 7 Mitglieder Hannoveraner sein sollen, ebenso wie mir ein ähnlicher Beschluß bei den Entwürfen für Schleswig-Holstein und Posen angemessen erscheint. Mit dem Abg. Windthorst bedauere ich, daß über die Vorlage nicht zuvor der Provinziallandtag in Hannover gehört worden ist, obwohl der letztere selbst diesen Wunsch ausgesprochen hat, ohne jedoch eine Erwiderung darauf zu erhalten. Prinzipielle Bedenken können einer Erfüllung dieses Wunsches meines Erachtens nicht entgegengehalten werden, da es sich lediglich um ein spezielles Provinzialgesetz handelt. Mindestens hätte man den Ausschuss, die Notabeln der Provinz hören sollen. Uns selbst aber wird es — wie ich glaube — beim besten Willen nicht möglich sein, noch in diesem Winter die Entwürfe für alle drei Provinzen zum Abschluß zu bringen, was meiner Meinung nach nicht ausbleiben darf, daß die Kommission und später das Haus sich mit diesen Vorlagen beschäftigt. Ich selbst sehe denselben keineswegs prinzipiell so feindlich gegenüber, wie der Abg. Windthorst. Ich vermag diese feindliche Stellung nicht vollkommen in Uebereinstimmung zu bringen mit dem sehr lebhaften — ich möchte sagen: leidenschaftlichen — Verlangen, das wir so oft aus dem Kreise seiner Freunde gehört haben: daß man der Einführung der Kreisordnung in Rheinland und Westfalen nicht beständige Hindernisse in den Weg legen möge. Was den letzteren Punkt betrifft, so bin ich und meine Freunde niemals der Ansicht gewesen, daß man diesen Provinzen die Kreisordnung vorenthalten solle, und wir werden im nächsten Winter gern bereit sein, diese Gesetze unter Berücksichtigung der dort geltend gemachten Wünsche zum Abschluß zu bringen. Allerdings greift die jetzt vorliegende Kreisordnung und noch mehr die Provinzialordnung außerordentlich tief in die Verhältnisse unserer Provinz ein, wo die Verwaltung bisher auf ganz anderen Grundlagen geordnet war. Alle diese Verhältnisse auf einmal zu ändern, hatte natürlich ein großes Bedenken, zumal unmittelbar nach der Annexion. Deshalb sprachen sich auch Vertrauensmänner, die von der neuen Regierung berufen wurden, übereinstimmend dahin aus, daß eine Einführung der Kreisordnung ohne vollständige Umgestaltung der Verwaltung in der untersten Instanz auf das Aeußerste bei uns abzuwägen sei. Damals hielt es die Regierung für zweckmäßig, von der Einführung der Kreisordnung abzusehen. Die Verhältnisse sind inzwischen andere geworden und die Stellung der Vertreter der Provinz zu der Kreisordnung hat sich geändert. Inzwischen sind die Kreisordnungen für die alten Provinzen reformirt, und auf ihnen baut sich nicht nur die Provinzialordnung auf, sondern das gewöhnliche System von Staatsverwaltung und Verwaltungsgewichtsbehörden, welches Laienelemente mit reinen Organen der Staatsverwaltung in Verbindung bringt zur Entscheidung und Aburtheilung der wichtigsten Fragen des öffentlichen Rechts. Im Gegensatz zu Herrn Windthorst muß ich anerkennen, daß der Minister nach seiner eigenen Kenntniß der Verhältnisse der Provinz Hannover nach vielen Seiten hin diesen besonderen, thatsächlich und historisch gewordenen Zuständen volle Rechnung getragen hat. Ich wünsche mich mit dem Minister und der Mehrheit dieses Hauses auf dieser Grundlage über diejenigen Veränderungen und Verbesserungen zu verständigen, die wir nach unserer, in mancher Hinsicht eingehenderen Kenntniß der dortigen Zustände an der Vorlage gemacht zu sehen wünschen. Die Frage der Abgrenzung der Landkreise und Stadtkreise ist darauf zu begründen, ob es möglich ist, das Institut der Amtsvorsteher und die Verwaltung der Polizei durch dieselben auch in Hannover einzuführen. Abweichend von Windthorst muß ich mich in diesem Punkte der Vorlage anschließen, daß das Institut der Amtsvorsteher in Hannover nicht eingeführt werden kann. Nur von sehr wenigen Personen habe ich bis jetzt die Ansicht vertreten hören, daß das Institut der

Amtsvorsteher bei uns überhaupt möglich sei. Durch die historische Entwicklung der Polizeiverwaltung bei uns fehlen die Grundlagen wie in den östlichen Provinzen; wir haben auf dem Lande eine kommunale Polizei nur ausnahmsweise gekannt, seit 30 Jahren gar nicht mehr, wir haben stets nur eine landesherrliche Polizei gehabt. Unter diesen Umständen ist also die Beschäftigung mit dieser Art von Thätigkeit bei einer so großen Anzahl Personen, wie sie nöthig wären, in Hannover nicht vorhanden gewesen, und sie neu zu schaffen, liegt durchaus keine Veranlassung vor. Etwa 6 pCt. des kultivirten Landes gehören den Rittergutsbesitzern, und wenn Sie auch die nach Bildung und Vermögen gleichen Besitzer, die nicht zur Ritterschaft gehören, hinzuzählen, so ist mit einem Wort die Zahl der mit allgemeiner Bildung, weiterem Blick, freierem Urtheil und größerer Reife ausgestatteten Männer so gering, daß es ganz unmöglich ist, darauf eine organische Einrichtung für die Verwaltung der Provinz zu gründen. Nun, meine Herren, wäre es ja möglich, daß man bei uns, wo wir vollkommene Gemeindeeinrichtungen haben seit den Jahren 1852 und 1859, den Gedanken hegt, daß man auch dem Gemeindevorsteher einer größeren Gemeinde die Verwaltung der Polizei in einem Bezirk unter Anschluß an die Gemeinde überträgt. M. S.! Etwas Verheerendes kann ich mir nicht denken. Man hat Recht, Personen nach dem Bildungsgrade unserer Landleute für die Verwaltung der kleineren Polizeiaufgaben in einer Landgemeinde zu verwenden, aber von diesen die Gesetzkennntniß und allgemeine Lebensanschauung zu fordern, daß sie über die Gemeinde hinaus für einen größeren Bezirk die Polizei handhaben sollen, ist unmöglich. Daraus folgt aber, daß die Kreise, wenn sie eingeführt werden müssen, erheblich kleiner sein müssen, als in den altländischen Provinzen. Aus den Motiven haben Sie gesehen, daß die vorgeschlagenen Kreise größer sind, wie in Hessen, Rheinland und Westfalen. Allerdings ist in der Bevölkerungsanzahl — Hannover ist ziemlich dünn besiedelt — eine erhebliche Abweichung; nach dem Vorschlag kommen nur 29,000 Seelen auf den Landkreis gegenüber 33,000 Seelen in der ganzen Monarchie. Aber das ist eine nothwendige Folge davon, wenn eine solche Zwischenstufe für die Polizei nicht gefunden werden kann. Nun hat die Regierung sich eine allgemeine Ermächtigung geben lassen wollen, Distriktsbeamte, d. h. Polizeibeamte unter den Landräthen in den Kreisen zu bilden. Dieses Institut der Distriktskommissäre halte ich, wie die Abgg. Miquel und Windthorst, für durchaus verwerflich. Das Gesetz würde dann den Minister nicht hindern, die Zahl, die er jetzt vielleicht mit 5 bis 6 einrichtet, nachher auf 30 bis 40 zu erhöhen und damit dem ganzen Bilde einen anderen Charakter zu geben. Es ist schlimm genug, daß eine derartige Bestimmung im Gesetz zulässig ist. Was die Angelegenheiten der Städte anlangt, so glaube ich auch, daß diese besonderen Verhältnisse der Städte in Hannover, die bislang kommunaliter gar nicht verbunden waren mit dem platten Lande, sehr wohl selbständig berücksichtigt werden müssen. Das ist ein ganz anderes Verhältnis als in den altländischen Provinzen, wo es sich darum handelt, aus dem Kreise herauszugehen. Das ist gerade der umgekehrte Fall, während es sich hier gerade darum handelt, ob sie gezwungen werden sollen, in den Kreis hineinzugehen. Was die Provinzialverwaltung anlangt, so liegt keine Veranlassung vor, an der kollegialen Gestaltung des Landesdirektoriums etwas zu ändern. Ich kann in dieser Hinsicht auch voraussetzen, daß die Regierung keine Schwierigkeit empfinden kann, den jetzigen Zustand beizubehalten. Derselbe hat sich als gedeihlich empfohlen; es herrscht ein vollkommenes Einvernehmen mit den anderen Organen der Provinzialverwaltung, im Großen und Ganzen auch mit den Staatsbehörden. Die Kollegialität des Landesdirektoriums ist um so mehr beizubehalten, als der Gedanke der kollegialen Behandlung von Verwaltungsangelegenheiten in der Provinz auch schon in der Provinzialordnung enthalten ist und man also kein Bedenken tragen kann, dieses Institut aufrechtzuerhalten. Aus den Motiven der damaligen Provinzialordnung habe ich auch gesehen, daß man damals beabsichtigt hat, diese kollegialische Einrichtung in Hannover, wo sie vorhanden ist, nicht zu alteriren. (Nedner verliest die betreffende Stelle der Motive.) Wenn man nachher auch nicht so weit gegangen ist, so hat man doch kollegialische Beschlüsse zugestanden. Will man jetzt also die Provinzialordnung in die Provinz Hannover einführen, so wird man sehr gut den jetzigen bewährten Zustand respektiren können. Was die Frage der Zusammenziehung und der Wahl des Provinziallandtags betrifft, so ist hier wie in den anderen Provinzen der Provinziallandtag aufgebaut auf den Kreis und auf die drei Elemente, die bei der Wahl zum Kreise berücksichtigt werden: den Großgrundbesitz, den Gemeindebesitz und die Städte. Ich kann mich in dieser Hinsicht weder dem, was der Abgeordnete Miquel, nach dem, was der Abgeordnete Windthorst gesagt hat, anschließen. Nach meiner Ansicht wird man auf einem Gebiete, wo es sich nicht bloß um politische, sondern auch um kommunale Zusammenarbeiten handelt, keines dieser Elemente entbehren können. Wir haben dieselben auch jetzt schon in den Kreisen und Amtsvortretungen, wenn auch in einem anderen Zahlenverhältnis. Der ritterchaftliche Besitz ist — wie schon erwähnt — weder an Umfang noch an Zahl bei uns so bedeutend wie in den altländischen Provinzen, und deshalb hat niemand daran gedacht, denselben bei der Gemeindeorganisation eine ebenso starke Vertretung einzuräumen wie dem Landgemeinbesitz. Es war darum ein richtiger Gedanke der Staatsregierung, auch im Kreise die Vertretung des Großgrundbesitzes einzuschränken und in der Kreisordnung Bestimmungen zu treffen, welche dazu führen, daß nach einem bestimmten Zensus unter 100 Vertretern im Kreise und in der Provinz 28 Vertreter des Großgrundbesitzes, 18 der Städte und 54 der Landgemeinden sich befinden. Der Abg. Miquel hält dieses Verhältnis für die Vertretung der Städte für ein zu ungünstiges, und ich theile diese Ansicht, ohne doch einzusehen, wie man dem Uebelstande abhelfen soll, ohne das Steuerprinzip hineinzuziehen, was bei der früheren Feststellung der Kreisordnung abgelehnt worden ist. Wenn der Abg. Miquel gleichzeitig behauptet, das Verhältnis sei für den Großgrundbesitz zu günstig, so stimme ich ihm darin nicht bei. Sowohl nach dem jetzt geltenden Prinzip der Bildung der Gemeindevertretung, das auf der Verordnung vom 12. September 1867 beruht, als nach der historischen Entwicklung in den Jahren 1852 und 1859 hat man dem Großgrundbesitz ein erhebliches Gewicht einräumt. Die Wirkung dieser Stärkung des Großgrundbesitzes in der Vorleser'schen Zeit ist gewesen, daß das Institut des Wegewesens sich viel reicher und selbständiger entwickelt hat. Ich bin deshalb überzeugt, daß man im Lande eine besondere Vertretung des Großgrundbesitzes nicht als eine unerwünschte Beigabe betrachtet, wenn die Großgrundbesitzer nur das Verhältnis von ein Viertel nicht übersteigen. Der Abg. Windthorst erklärt dagegen, daß er gegen die ganze Vorlage stimmen wolle, wenn das Verhältnis zu Gunsten des Großgrundbesitzes nicht so bleibe, wie es jetzt ist. Ich könnte einigermaßen bedenklich sein, mich zu äußern, weil ich Mitglied des Landtages und für die Landgemeinden gewählt bin, aber ich muß doch sagen, daß dem Landtage die Absicht und der Man gar nicht ernst sein kann, die Vertretung nach Ritterschaft, Stadtgemeinde-Deputirten und Landgemeinde-Deputirten, ein jeder zu einem Drittel, aufrecht zu erhalten. Ich bitte nochmals, daß die Regierung und dieses Haus sich vergegenwärtigen den außerordentlich schmerzlichen Uebergang, den die Einführung dieser Gesetze in der Provinz Hannover hervorrufen wird. Wir wissen sehr wohl, daß wir jetzt dem Staate Preußen angehören und was wir ihm schuldig sind, bitten aber, daß er, was mit seiner Einheit und Kraft vereinbar ist, thut, um historisch gewordene Verhältnisse zu schonen. In diesem Sinne möchte ich bitten, daß die Kommission an ihre Arbeit geht und die Regierung sich den von uns zu stellenden Anträgen nicht vollkommen verschließt. (Beifall.)

Minister des Innern Graf zu Sulemburg: Ich denke, daß die Staatsregierung auf den letzten Appell des Vorredners schon in der Vorlage die Antwort gegeben hat. Denn es ist doch von allen Seiten anerkannt worden, daß den besonderen Verhältnissen der Provinz Hannover weitgehende Berücksichtigung zu Theil geworden ist, wie

dem überhaupt aus den Vorlagen als das Ziel der Regierung erkannt werden kann, nicht unbedingte Gleichmäßigkeit bei der Uebertragung der Kreisordnung gelten zu lassen, sondern in nothwendigen Dingen die Einheit zu fördern, in den übrigen Punkten aber einen gewissen Spielraum zu gestatten. Alle Kreisordnungen auch für die westlichen Provinzen schon jetzt vorzuliegen, wie der Abg. Windthorst verlangte, war nicht möglich, weil die Zeit zur Vorbereitung der Gesetze zu kurz war, ist aber auch für das Zustandekommen der vorgelegten Gesetze nicht nothwendig, weil im Großen und Ganzen der Rahmen gegeben ist und nur den speziellen Bedürfnissen der einzelnen Provinzen entsprechende Abänderungen eintreten müssen. Gätten die Vorlagen aber auch vorgelegt werden können, so ist es doch zum mindesten zweifelhaft, ob der Landtag sie erledigen kann; ich beschränke sogar, daß es schwer sein wird, das zu bewältigen, was vorgelegt ist, namentlich wenn man den durchaus unberechtigten dilatorischen Standpunkt des Abg. Windthorst einnimmt. Es ist aber eine unabwiesliche politische Nothwendigkeit, bei dem Anfange der Organisation nicht stehen zu bleiben; ich lege vielmehr das allergrößte Gewicht darauf, daß noch in diesem Winter der erste Schritt zur Ausdehnung der Kreisordnung auf die übrigen Provinzen gethan werden muß, schon um zu zeigen, daß es mit dieser Ausdehnung Ernst ist, und um jeden etwa noch bestehenden Zweifel beseitigen. Daß die Vorlage nicht vorher dem Provinziallandtage vorgelegt worden ist, hat einen prinzipiellen Grund. Unter den Bedingungen, welche dem hannoverschen Provinziallandtage gleich denen der alten Provinzen beigelegt worden sind, befindet sich auch die, daß bei rein provinziellen Gesetzentwürfen gehört werden sollen. In Folge dessen beantragte z. B. der Provinziallandtag von Westfalen, daß ihm die Kreisordnung für Westfalen zur Beurtheilung vorgelegt werden solle; die Staatsregierung erwiderte aber, daß es sich hier nicht um ein Provinzialgesetz, sondern um ein staatliches Organisationsgesetz handle. Ueber einzelne Punkte haben wir uns natürlich aus der Provinz zu orientiren versucht. Aenderungen im Einzelnen an der Kreisordnung lassen sich wohl diskutieren, aber ich muß mich entscheiden über prinzipielle Verfeinerung der Kreise widersehen. Die Verwaltung der Ortspolizei dem Landrathe zu übertragen, kann keine Bedenken haben; in einzelnen Kreisen ist es zweifelhaft, ob die Ortspolizei in einer Hand bleiben kann. Die nächste Abhilfe, die Kreise zu verkleinern, ist hierbei nicht anwendbar, weil die Kreise sonst für ihre Aufgabe zu klein werden würden; weswegen das Institut der Amtsvorsteher nicht eingeführt werden kann, hat Ihnen der Abg. v. Bennigsen auseinandergesetzt. Die Regierung schlägt Ihnen deshalb die Anstellung besonderer Distriktsbeamten vor. Daß damit der Anfang zu einem allgemeinen System von Distriktsbeamten gemacht werden soll, ist wohl ausgeschlossen; jedenfalls bleibt die Anstellung solcher Beamten von der Bewilligung des Landtages abhängig. Es ist aber nicht möglich, in das Gesetz hineinzuschreiben, in welchen Fällen ein solcher Distriktsbeamter nothwendig ist. Es ist dann vorgeschlagen, einen Theil der ortspolizeilichen Befugnisse auf die Gemeinden zu übertragen. Eine einfache Theilung der Befugnisse zwischen dem Landrathe und den Gemeinden kann nicht gesetzlich festgelegt werden, das würde zu endlosen Kompetenzkonflikten führen. Dagegen ist es wohl angängig, diese Uebertragung im Wege des Auftrages vorzunehmen. Jedemfalls wird aber dadurch ein besonderer Distriktsbeamter nicht überflüssig. Wenn man das Zusammenfassen von Stadt und Land für schädlich hält, dann muß man alle die gehörten Deputationen für richtig halten; ich bin aber der Meinung, daß die Vereinigung von Stadt und Land zu einer höheren kommunalen Einheit heilsam und ersprießlich sei; deshalb haben alle Deputationen für mich keinen Werth. Der selbständigen Stellung der hannoverschen Städte ist volle Berücksichtigung geschenkt worden, soweit, daß ich fürchte, der Landtag wird den Vorschlägen nicht ganz zustimmen. Eine richtige Basis für die Vertretungen der Kreise zu finden, ist nicht leicht, wenn man aber einmal ein Vorbild hat, wie es die Kreisordnung der östlichen Provinzen bietet, dann kann man nicht davon abweichen, ohne einen genügenden Grund dafür zu haben. Wenn man also für Hannover etwas anderes verlangt, so liegt denen, die eine solche Abweichung verlangen, der Beweis der Nothwendigkeit ob. Ich kann mich nur einverstanden damit erklären, daß die Vorlage der schon gewählten Kommission unter Verstärkung derselben überwiesen werde.

Abg. Windthorst entgegnet dem Minister, daß die Vorlage zwar ein Staatsgesetz sei, aber doch nur für eine Provinz gelte, also wohl dem Provinziallandtage zur Begutachtung hätte vorgelegt werden können. Jedemfalls sei die Sache zweifelhaft und in zweifelhaften Fällen entscheide die Zweckmäßigkeit, die der Minister gewiß nicht bestreiten werde.

Damit schließt die erste Verathung. Die Vorlage wird der Kommission überwiesen, welche bereits mit dem Zuständigkeitsgesetze beschäftigt ist; diese soll jedoch um 7 Mitglieder und zwar aus der Provinz Hannover — wie gegen den Widerspruch des Abg. v. Rauchhaupt ausdrücklich konstatiert wird — verstärkt werden.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Antrag Turno betreffend Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. v. Lyskowski; Vorlage wegen der Weichselstädtebau-Kreisordnungen für Schleswig-Holstein und Posen.)

Locales und Provinziales.

Posen, 10. November.

— Berichtigung. In der Anmerkung zu dem Bericht über die am Montag stattgehabten Versammlungen befindet sich in einer Anzahl von Exemplaren ein sinnentstellender Druckfehler. Statt „gepflogte Worte“ ist „geklegelter Worte“ zu lesen.

r. [Zu den Stadtverordneten-Wahlen.] In der gestrigen Bezirksversammlung der Wähler der 1. Abtheilung, welche im Handelskaale unter Vorsitz des Amtsrathes Dr. Traumann stattfand, wurden als Kandidaten aufgestellt: Justizrath Tschuschke (Hausbesitzer), Geh. Kommissionsrath B. Jaffe (Hausbesitzer), Kaufmann Gerhardt sämmtlich auf 6 Jahre und einstimmig, Justizrath Klemme, welcher der Stadtverordneten-Versammlung bisher noch nicht angehörte, gleichfalls auf 6 Jahre.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 9. November. Die österreichische Delegation erledigt das Ordinarium des Budgets für die Kriegsmarine und die Extraordinarien des Budgets für die Kriegsmarine und das Geheime. Zur Beschaffung von Küstengeschützen für Pola wurden anläßlich der von dem Ausschusse beantragten 320,000 F. auf den Antrag des Delegirten Engerths 640,000 Fl. bewilligt, nachdem der Minister des Auswärtigen, Baron Haymerle, erklärt hat, daß die Regierung bei der Feststellung ihrer Forderung die finanzielle Lage ebenso rigoros im Auge gehabt habe, wie irgend ein Volksvertreter dies thun könne. Die Post für den Ausbau der Lagerfestung Krau, welche von dem Ausschusse gestrichen worden war, wurde auf den Antrag Engerths mit 700,000 Fl. wieder eingefstellt.

Paris, 8. November. In parlamentarischen Kreisen lautet, der Deputirte Léon Renault werde gleich zu Beginn der Session einen Antrag auf Bewilligung eines Kredites von

Millionen Francs zur Durchbohrung des Simplon einbringen. Renault soll diesen Entschluss in Folge einer Zusammenkunft mit Sambetta gefasst haben.

Paris, 9. November. [Deputirtenkammer.] Delafosse bringt eine Interpellation über die auswärtige Politik ein. Auf Verlangen der Regierung wird dieselbe bis nach Vorlegung der diplomatischen Schriftstücke vertagt. Die Deputirten Goretin und Guyho beantragen die Ernennung einer Untersuchungskommission für die Affaire Ciffey. Der Ministerpräsident stimmte einem Antrage auf Dringlichkeit der Beratung zu, machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß es zu Unzutraglichkeiten führen würde, die parlamentarische Prozedur zu beschleunigen, während die Angelegenheit noch bei den Gerichten schwebt. Laissant warnte vor jeder Vermischung der parlamentarischen Pflicht und des gerichtlichen Verfahrens. Nach einer weiteren Bemerkung des Kriegsministers Jarre wurde die Dringlichkeit mit 263 gegen 108 Stimmen beschloffen. Bei der hierauf folgenden Festsetzung der Tagesordnung verlangte der Ministerpräsident Ferry dieselbe in der Weise festzustellen, daß zuerst die Unterrichtsgesetze, dann das Gesetz betreffend die Reform des Richterstandes, und hierauf das Pressegesez berathen werde. Wallue verlangte, die Berathung des Gesekentwurfes betreffend die Reform des Richterstandes zuerst vorzunehmen, um gewissen Anträgen Unzutraglichkeiten ein Ende zu machen. Nach lebhaften Protesten Seitens der Rechten wurde schließlich die Priorität der Berathung der Unterrichtsgesetze mit 200 gegen 166 Stimmen abgelehnt.

Paris, 9. November. Auf die Nachricht von der Austreibung der Maristen in Tourcoing sammelten sich vor dem Ordenshause derselben eine Volksmenge von nahezu 5000 Personen, zu welchem sich Mitglieder katholischer Vereine gesellten. Es kam zu ernsthaften Zusammenstößen, da auch zahlreiche Anhänger der Dekrete unter der Menge waren. Der Zentralkommissar und ein Präsekturrath suchten vergeblich die Menge zu beschwichtigen. Die Fenster des Klosters wurden durch Steinwürfe zertrümmert, einige 60 Personen sind verwundet, darunter mehrere schwer. Erst infolge mehrerer von der Gensdarmerie gemachten Angriffe gelang es, die Menge zu zerstreuen.

Brüssel, 9. November. Die Thronrede, mit welcher der König heute die Kammer eröffnete, gedenkt der glänzenden Feste, mit denen die 50jährige Jubelfeier des Königreichs begangen worden und sagt dem Lande Dank für alle bei diesem Anlaß erfolgten patriotischen Kundgebungen. Die Verbindung der Prinzessin Stephanie mit dem Kronprinzen Rudolf von Oesterreich erfülle die von allen Seiten gehegten Wünsche. Die belgische Regierung empfangt fortgesetzt von allen Mächten Beweise der Freundschaft und der Sympathie. Ursachen, die den Kammern bekannt seien, hätten zu einem Bruch mit dem Vatikan geführt. Mehrere Staaten im Osten Europas hätten eine Neugestaltung erfahren, die belgische Regierung habe diplomatische Beziehungen mit denselben angeknüpft. Der Ertrag der diesjährigen Ernte habe denjenigen der vorhergehenden Jahre überstiegen, die Lage des Staatschatzes habe sich gebessert, es sei die Hoffnung berechtigt, daß das Budget von 1880 equilibrire. Die Verwendung der vermehrten Einnahmen werde gestatten, dem öffentlichen Unterricht lebhaftere Förderung angedeihen zu lassen. Es sei wünschenswert, daß man sich unausgesetzt bemühe, die moralische und intellektuelle Lage der Bevölkerung zu heben. Die Regierung werde keine Maßregel vernachlässigen, die dazu dienen könne, diese Resultate zu erreichen und werde dazu mitwirken, indem sie fortsetze, im Einklang mit den bestehenden konstitutionellen Prinzipien, den öffentlichen Unterricht in allen Graden zu stärken und weiter zu entwickeln. Die Thronrede erwähnte ferner die beabsichtigte Errichtung mehrerer neuer Konsularposten und kündigt die Vorlegung eines Gesekentwurfes über die Flussfischeret und eine Gesekvorslage über landwirthschaftliche Verhältnisse an.

Rom, 9. November. Garibaldi ist in Massio (Ligurien) eingetroffen, wofelbst er zu verbleiben gedenkt. — Der Nuntius Jacobini ist hier angekommen.

Neapel, 9. Nov. Die Eruption des Vesuv ist im Zunehmen begriffen. Zwei große Lavaströme ergießen sich bis zum Fuße des Kegels.

London, 8. November. Se. Königliche Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen ist heute von dem Besuche bei dem Prinzen von Wales in Sandringham nach dem Landgute des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Augustenburg bei Windsor zurückgekehrt.

London, 8. Nov. Der französische Botschafter, Challemeil Lacour, hatte heute eine lange Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 2. Klasse 163. kgl. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.) (Ohne Gewähr.)

Table with columns of numbers and winning amounts, including: Berlin, 9. Novbr. Bei der heute angefangenen Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden: 70 88 (120) 287 (180) 384 424 61 512 37 (120) 71 81 677...

Main table of lottery results containing columns of numbers and their corresponding winning amounts, including: 85 93 621 24 33 784 891 920 50... 11033 58 152 70 219 83 345...

94029 (150) 31 41 107 88 367 408 24 58 616 722 51 (120) 62 814 902 12 99.

Telegraphische Börsenberichte. Fonds-Course. Frankfurt a. M., 9. Novbr. (Schluß-Course.) Sehr fest, deutsche Bahnen lebhaft, steigend. Lond. Wechsel 20,365. Pariser do. 80,52. Wiener do. 172,05. R.-W.-Anth. St.-A. 147, Rheinsische do. 158 3/4. Hess. Ludwigsb. 97 1/2. R.-W.-Anth. 131 1/2. Reichsanl. 100 1/2. Reichsb. 146 1/2. Darmst. 150 1/2. Meiningen 94 1/2. Dett.-ung. Bf. 701,50. Kreditaktien 242 1/2. Silberrente 62 1/2. Papierrente 62 1/2. Goldrente 75. Ung. Goldrente 92 1/2. 1860er Loose 121 1/2. 1864er Loose 310,00. Ung. Staatsl. 213,50. do. Ostb.-Ebl. II. 84 1/2. Böhm. Westbahn 201 1/2. Elisabethb. 168. Nordwestb. 154 1/2. Galizier 234 1/2. Franzosen 239 1/2. Lombarden 77 1/2. Stahler 1877er Russen 91 1/2. II. Orientanl. 57 1/2. Centr.-Anleihe 110 1/2. Disconto-Kommandit. Elsthalbahn. Neue 4proz. Russen. 4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm. Lothringer Eisenwerke 65.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 242 1/2. Franzosen 239 1/2. Galizier, ungar. Goldrente, II. Orientanleihe, 1860er Loose, III. Orientanleihe, Lombarden, Schweizer Centralbahn, Mainz-Ludwigshafen, 1877er Russen, Böhm. Westb. per medio resp. per ultimo. Frankfurt a. M., 9. Novbr. Effekten-Gesellschaft Kreditaktien 242 1/2, Franzosen 239 1/2, Lombarden 76 1/2, 1860er Loose 121 1/2, Galizier 232 1/2, österr. Goldrente 74 1/2, ungar. Goldrente 92 1/2, II. Orientanleihe 57 1/2, österr. Silberrente 62 1/2, Papierrente 61 1/2, III. Orientanl. 1877er Russen 91 1/2. Meiningen Bank. Fest. Wien, 9. November. Abendbörsen. Kreditaktien 232,50, Franzosen 278,75, Galizier 272,25, Anglo-Austr. 118,00, Papierrente 72,45, ungar. Goldrente 107,70, Lombarden 89,10, österr. Goldrente 87,40, Marknoten 58,00, Napoleons 9,38, 1864er Loose, österr.-ungar. Bank, Nordbahn, Geschäftlos.

Wochenausweis der österr. Südbahn vom 28. Oktober bis 3. November 1878, 98 Fl. Mehreinnahme 17,052 Fl. Wien, 9. Novbr. (Schluß-Course.) Kreditaktien in Folge von Meinungskäufen animirt. Spekulationspapiere, Bahnen und Renten höher. Papierrente 72,40. Silberrente 73,50. Österr. Goldrente 87,40, Ungarische Goldrente 107,55. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose 131,50. 1864er Loose 172,00. Kreditloose 177,50. Ungar. Prämial. 109,00. Kreditaktien 282,70. Franzosen 278,50. Lombarden 89,25. Galizier 271,75. Kasch.-Dob. 127,50. Pardubitzer 139,70. Nordwestbahn 180,00. Elisabethbahn 195,00. Nordbahn 245,00. Oesterreich-ungar. Bank. Linf. Loose. Unionbank 110,20. Anglo-Austr. 119,25. Wiener Bankverein 140,75. Ungar. Kredit 254,50. Deutsche Wäse 57,35. Londoner Wechsel 117,55. Pariser do. 46,35. Amsterdamer do. 97,15. Napoleons 9,37 1/2. Dukaten 5,63. Silber 100,00. Marknoten 58,02 1/2. Russische Banknoten 1,18 1/2. Remberg-Sternowitz 166,00. Kronpr.-Rudolf 163,50. Franz-Josef 172,00.

Paris, 9. Novbr. (Schluß-Course.) Steigend. 3proz. amortisirt. Rente 67,60. 3proz. Rente 85,85. Anleihe de 1872 119,35. Italienische 5proz. Rente 87,75. Österr. Goldrente 75. Ungar. Goldrente 94 1/2. Russen de 1877 95 1/2. Franzosen 605,00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 190,00. Lomb. Prioritäten 270,00. Türken de 1865 10,42 1/2. 6proz. rumänische Rente 92 1/2. Credit mobilier 646,00. Spanien erster. 21,00. do. inter. 20. Sucifinal-Aktien — Banque ottomane 520,00. Societe gen. 687,00. Credit foncier 1347,00. Caupier 332,00. Banque de Paris 1143,00. Banque deseposites 23,00. Banque hypotecaire 620,00. II. Orientanleihe 59 1/2. Türkenloose 31,25. Londoner Wechsel 25,31 Rumän. Anleihe —.

Stadtverordnetenwahl. Unger Wahlbureau befindet sich bei Herrn A. Ziegler im Loden, Markt Nr. 8.

Das Komite zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahlen.

Stadtverordnetenwahlen. Mitbürger!

Am Vorabend der Stadtverordnetenwahlen wenden wir uns noch einmal an die deutschen freisinnigen Wähler aller Abtheilungen mit der Bitte, rechtzeitig am Wahlische zu erscheinen und für die Kandidaten zu stimmen, welche von der freisinnigen Bürgererschaft aufgestellt wurden. Die Kandidaten sind:

- III. Abtheilung: I. Bezirk: Kaufmann Sigmund Litzner, II. Bezirk: Medizinalrath Rehsfeldt, III. Bezirk: Sekretär Carl Fontane, IV. Bezirk: Rentier Wilhelm Busse und Dr. med. Ludwig Friedlaender.
- II. Abtheilung: I. Bezirk: Kaufmann Ed. Lange, Justizrath Wäsel, Buchdruckereibesitzer Emil Köstel, II. Bezirk: Kaufmann Ad. Kantorowicz, Lutfabrikant A. Ziegler, Professor Fahl.
- I. Abtheilung: Geh. Kommerzienrath V. Jaffe, Justizrath Tschuschke, Kaufmann Theodor Gerhard, Justizrath Klemme.

Es sind unabhängige, freisinnige und befähigte Männer, welchen ihr das Ehrenamt eines Stadtverordneten übertragen sollt, Männer ohne Sonderinteressen, ohne Strebertum, aber mit warmen Herzen für ihre Mitbürger. Laßt Euch durch keine Gegenagitation beirren; wählet nur die hier genannten Männer!

Das Komite zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahlen.

Produkten-Börse.

Berlin, 9. November. Wind: Nord. Wetter: Nachtfrost, Schön. Weizen per 1000 Kilo loco 183-235 M. nach Qualität gefordert, f. weißer Udem. - M. ab Bahn bez., gelber - M. ab Bahn bez., weiß. Poln. - M. ab Bahn bez., per November 214-215 1/2 bez., per Nov.-Dez. 214-215 1/2 bez., per Dez.-Januar - bez., per April-Mai 218 1/2-219 1/2 bez., Mai-Juni 220-220 1/2 bez., per April-Mai 218-220 M. ab Bahn bez., per November 218-219 1/2 bez., per Nov.-Dez. 216 1/2-217 1/2 bez., per Dez.-Januar 215 1/2-216 1/2 bez., per Jan.-Febr. - bez., per April-Mai 209 1/2-211 1/2 bez., G. Mai-Juni 207-208 1/2 bez., G. Gefündigt 4000 Ztr. Regulirungspreis 219 M. bez. - Gerste per 1000 Kilo loco 145-200 nach Qualität gefordert. - G. a f e r per 1000 Kilo loco 145-169 nach Qualität gefordert, russischer 153-158 bez., ost- und westpreussischer 153-160 bez., pommerischer und mecklenburgischer 153 bis 160 bez., schlesischer 155-159 bez., böhmischer 155-159 bez., per November 155 M. bez., per November-Dezember 154 1/2 M. bez., per April-Mai 158-158 1/2 bez., Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis - bezahlt. - Erbsien per 1000 Kilo loco 200-215 M., Futterwaare 185-196 M. - Mais per 1000 Kilo loco 142-146 n. nach Qualität gef., per April-Mai 140-141 1/2 M. bez., per November 142 1/2 M., per Dezember 144 1/2 M., per Januar 145 1/2 M. bez., rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer - ab B. bez., Gefündigt - Ztr. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50 bis 30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00

bis 28,00 M. - Roggenmehl inf. Sack 0: 30,50 bis 29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M., per November 29,25 bez., per November-Dezember 29,25 bez., per Dezember-Januar 29,45 bez., per Januar-Februar - bez., per Februar-März - M. bez., per April-Mai 29,60-29,70 bez., Mai-Juni - bez., Gefündigt 4000 Ztr. Regulirungspreis 29,25 M. - Delfaat per 1000 Kilo Winterraps - M. Winterraps - M. - Rübböl per 100 Kilo loco ohne Faß 55,0 M., flüssig - M., mit Faß 55,3 M., November 55,0 bez., per Nov.-Dez. 55,0 bez., per Dez.-Januar 55,0 bez., per Januar-Februar 55,0 bez., per Februar-März - bez., per April-Mai 57,6-57,7 bez., per Mai-Juni 58,0 bez., Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis - M. - Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 31,7 M., November 31,0 M. bez., per November-Dezember 30,8 bez., per Dezember-Januar 31,1 bez., per Januar - bez., per Januar-Februar - bez., per Februar-März - bez., per April-Mai - bez., Gefündigt - Ztr. Regulirungspreis - M. - Spiritus, per 100 Liter loco ohne Faß 58,3 bez., per November 57,5-58,0 bez., per November-Dezember 57,1-57,5 bez., per Dezember-Januar 57,1-57,5 bez., per Januar-Febr. - bez., Febr. März - bez., per April-Mai 58,5-58,8 bez., per Mai-Juni 58,7-59,0 bez., Gefündigt - Liter. Regulirungspreis - M. bez. (Berl. Börz.-Ztg.)

Bromberg, 9. November 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: unv. hochbunt und glasig 200-220 Mark, abfallender Qualität 180-190 Mark - Roggen: fest loco inland. feiner, 200 - 205 Mark, geringer nach Qualität 175-190 Mark. - Gerste: feine Brauwaare 160-170 M., grobe 150-160 Mark, kleine 135-145 M. - Hafer: loco 140-150 Mark. - Erbsien: Kochwaare 180

-190 M. Futterwaare 170-180 Mark - Mais: Rübbölen Raps: ohne Handel. - Spiritus: niedriger pro 100 Liter 100 vEt. 55-55,50 M. - Rubelcours: 203,50 M.

Stettin, 9. November. Wetter: Schön. + 3 Grad N. Morgens - 1 Grad N. Barometer 28,6. - Wind: W. Weizen etwas fester, per 1000 Kilo loco gelber 201-209 M., geringer 180-194 M., weißer 202-211 M., per November 213 M., Gd., per Frühjahr 215-216,5 M. bez. - Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco inlandischer 207-212 M., per November 214-215 M., bis 214,5 M. bez., per November-Dezember 214 M. bez., per Frühjahr 206-207-206,5 M. bez., per Mai-Juni - M. bez., per Frühjahr Gafel und Erbsien ohne Handel. - Mais stille, per 1000 Kilo loco Kleinigkeiten 144-146 M., per November M. bez., per November-Dezember 142 M. bez. - Winterraps fest und höher, per 1000 Kilo loco 230 bis 245 M., per November - M. nom., per April-Mai 230 M. bez. - Winterraps per 1000 Kilo loco 235-250 M. - Rübböl fest, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 56,5 M. bez., per November 55 M. Br., per April-Mai 57 M. bez. - Spiritus wenig verändert, per 10,000 Liter vEt. loco ohne Faß 56,3 M. bez., per November 56,7 M. Br. und Gd., per Novbr.-Dezember 56,3 M. Br. u. Gd., per Frühjahr 57,4 M. bez. - Angemeldet: Nichts. Regulirungspreise: Weizen 213 M., Roggen 214,5 M., Rübböl - M., Rübböl 55 M., Spiritus - M. - Petroleum loco 11,4 M. trans. bez. Regulirungspreis 11,4 Mark. (Dfsee-Ztg.)

Berlin, 9. Nov. Von den auswärtigen Börsenplätzen lagen sehr günstige Nachrichten vor und unsere Börse überließ sich der gestern schon zum Durchbruch gelangten Hausströmung um so leichter, als auch wenige Momente sich geltend machten, die einen angedehnten Einfluß auf die Geschäftsentwicklung zu üben geeignet waren. In erster Linie ist hierzu die heut erfolgte Ermäßigung der Diskontofolge der Reichsbank um 1/2 Prozent zu zählen. Gab diese allerdings nur einen Beweis, daß am hiesigen Plage nunmehr wieder durchaus normale Zustände herrschen, so bekräftigte sich doch auch andererseits die Ansicht, daß den Besorgnissen, denen man sich an vorherigen Tagen bezüglich der Gestaltung der Geldverhältnisse in Paris und London hingegen hatte, eine weitere Bedeutung nicht mehr beizumessen sind. Der heute veröffentlichte Bankausweis zeigt einen Geldrückstrom zur Bank von über 20 Millionen Mark und konnten um den annähernd gleichen Betrag die umlaufenden Noten eingeschränkt werden. Im Giroverkehr wurden

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 9. November 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Reichsbank) and their corresponding prices in Mark and Schilling.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and their prices, including titles like 'Dtich. Reichs-Anl.', 'Brem. Anl.', etc.

Amerik. Fonds.

Table listing American bonds such as 'U.S. Bonds', 'New York City Bonds', etc.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like 'Russ. Anleihe', 'Engl. Anleihe', etc.

*) Wechsel-Course.

Table showing exchange rates for various locations including London, Paris, Vienna, and others.

den der Bank dagegen 6 Millionen Mark entzogen, die aber bis auf 5 Millionen Mark Deckung fanden durch den Umtausch von Noten anderer Banken und es brauchte daher der Bankvorrath nur um 1 Mill. geschwächt werden. Daß auch die Bankleitung in diesem Metallabfluß keine gefährlichen Symptome sieht, bezeugt die heutige Diskontofolge, mit welcher die Zinsfüße der Bank ihren sogenannten normalen Stand wieder erreicht haben. Der Geldbegehrt bleibt auch am offenen Markt ein sehr geringfügiger und waren Diskonten sogar eher angeboten, der Privatdiskont stellte auf ungefähr 3 1/2 Prozent. Die Spekulation entwickelte auf fast allen Geschäftszweigen eine recht umfangreiche Thätigkeit und gingen beinahe sämtliche in diesen Kreis gehörigen Effekten mit mehr oder weniger belangreichen Courserhöhungen aus dem heutigen Verkehr hervor. Deisterreichische Kredit-Aktien setzten sogleich mit einer Steigerung von mehreren Mark ein, ebenso auch Franzosen und Lombarden. Einheimische Eisenbahnaktien waren

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks from various regions like 'Bairische Bank', 'Preuss. Bank', etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as 'Brauerei Pagenhof', 'Deutsche Bauges.', etc.

wiedermehr sehr belebt und zeigte sich namentlich für Thüringer, Ober-schlesische und Rechte Oderufer gute Kaufslust. Bankaktien verhielten sich wesentlich ruhiger und haben nur unbedeutliche Coursveränderungen erfahren. Von Industriepapieren beteiligten sich wenigstens einzelne Werthe sehr lebhaft am Verkehr. Ausländische Staats-Anleihen zogen ebenfalls in den Notierungen an und erfreuten sich Ungar. Goldrente besonderer Beliebtheit, preussische und andere deutsche Staats-Papiere waren fest, aber unbelebt. - Per Ultimo notiren: Frankreich 481-480, -481, Lombarden 153-152,50-155,50-154, Kreditaktien 486,50-489-487,50, Darmstädter Bank 150,90-150,75-150,90, Diskontofonto-Kommandit-Antheile 175,50-176,50-176,10, Deutsche Bank 146,75-6,440, Dortmunder Union 80,90-80,75-81, Laurahütte 114,80-114,50. Der Schluß war etwas schwächer.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks from various lines like 'Aachen-Maastricht', 'Altona-Kiel', etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from various lines like 'Aach.-Maastricht', 'Berg.-Märkische', etc.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority bonds from various countries like 'Elisabeth-Westbahn', 'Gal. Karl-Ludwig', etc.